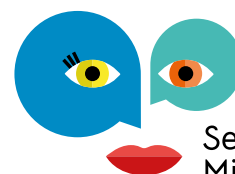


# Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen in Thüringer Kommunen

Auswertung des Beratungsprojekts 2020 bis 2024



Servicestelle  
Mitbestimmung

Herausgeber:  
Thüringer Ministerium  
für Soziales, Gesundheit, Arbeit und Familie  
Postfach 900354  
99106 Erfurt

Redaktion:  
Abteilung Jugend, Landesjugendamt  
Referat Jugendpolitik, Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit  
Servicestelle Mitbestimmung

Verfasser: Prof. Dr. Ulrich Lakemann

Titelbild: sandruschka GmbH

Stand: November 2025

Satz: Werbeagentur Kleine Arche GmbH, Erfurt

# Inhaltsverzeichnis

<b>1. Einleitung</b> .....	<b>4</b>
<b>2. Verlauf des Projekts</b> .....	<b>4</b>
<b>3. Methodik des vorliegenden Berichts</b> .....	<b>6</b>
<b>4. Typologie der Kommunen im Beratungsprojekt</b> .....	<b>6</b>
4.1. Kommunen mit stabiler Beteiligungsstruktur.....	7
4.2. Kommunen, die im Beratungsprozess Beteiligungsformen neu gegründet oder weiterentwickelt haben .....	8
4.3. Kommunen mit Projekten und positiven Entwicklungen .....	9
4.4. Kommunen, die nach Rückschritten neue Perspektiven entwickelt haben .....	10
4.5. Kommunen mit strukturellen Einschränkungen.....	11
4.6. Kommunen, die das Beratungsprojekt verlassen haben.....	13
4.7. Typologie der Kommunen nach Anteilen am Beratungsprojekt.....	14
<b>5. Zusammenfassung: Entwicklungsperspektiven einer nachhaltigen     Etablierung von Kinder- und Jugendbeteiligung</b> .....	<b>16</b>
<b>6. Fazit</b> .....	<b>18</b>
<b>Literatur</b> .....	<b>18</b>
<b>Anhang</b> .....	<b>18</b>
<b>Checkliste: Kinder- und Jugendbeteiligung in der Kommune</b> .....	<b>18</b>

# 1. Einleitung

Die Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen ist im Freistaat Thüringen seit Jahrzehnten ein wichtiges Thema. Besonders in den letzten Jahren erhielt es durch die Landesstrategie Mitbestimmung junger Menschen (TMBJS 2019) neuen Auftrieb. In diesem Zusammenhang wurde eine Bestandsaufnahme zur Beteiligung junger Menschen in Thüringer Kommunen durchgeführt (Lakemann 2020). Zudem schuf die Landesstrategie mit den §§ 26a und 105a der Thüringer Kommunalordnung eine gesetzliche Grundlage für die Mitbestimmung junger Menschen in den Thüringer Kommunen<sup>1</sup>.

Um die Thüringer Kommunen bei ihrer Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben zu begleiten, wurde von Herbst 2020 bis Ende 2024 im Auftrag des damaligen Thüringer Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport (TMBJS) ein Beratungsprojekt durchgeführt. Ziel des Projekts war es, die Mitbestimmung junger Menschen in Thüringer Kommunen zu stärken und zu fördern. Insgesamt wurden im Projektverlauf 53 Kommunen bei der Weiterentwicklung von Beteiligungsstrukturen für Kinder und Jugendliche unterstützt und beraten. Darüber hinaus ermöglichte das Projekt einen überregionalen Austausch zwischen den Kommunen zum Thema Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen.

Der vorliegende Bericht fasst die Erfahrungen und Ergebnisse aus dem Beratungsprojekt zusammen. Er zeigt, wie unterschiedliche Ausgangs- und Rahmenbedingungen die Entwicklung von Beteiligungsstrukturen beeinflussen und welche Perspektiven sich für eine nachhaltige Verankerung eröffnen. Ziel ist es, auch anhand einer Checkliste im Anhang Kommunen praxisnahe Impulse und Orientierungen für die Etablierung und Weiterentwicklung einer Beteiligung junger Menschen zu geben.

## 2. Verlauf des Projekts

Im Herbst 2020 startete das Beratungsprojekt zur Mitbestimmung junger Menschen in Thüringer Kommunen. In der Folge eines Interessenbekundungsverfahrens meldeten sich 37 interessierte kreisfreie Städte, Gemeinden, Verwaltungsgemeinschaften und Landkreise. Obwohl diese Zahl die ursprünglichen Planungen deutlich überschritt, konnten durch die pandemiebedingte Umstellung der Beratungen auf Videokonferenzen schließlich alle Interessierten einbezogen werden.

Die Beratungen fanden im Zweierteam von Simone Rieth und Prof. Dr. Ulrich Lakemann statt. In ersten Impulsworkshops wurden individuelle Ziele für die Kinder- und Jugendbeteiligung festgelegt – von der Überarbeitung bestehender Strukturen über die Entwicklung neuer Konzepte, bis hin zur Erprobung projektbezogener Beteiligungsformen. Zudem bestand großes Interesse am Erfahrungsaustausch zwischen den Kommunen.

---

<sup>1</sup> Der Einfachheit halber findet im vorliegenden Bericht für alle Gebietskörperschaften, also kreisfreie Städte, Gemeinden, Verwaltungsgemeinschaften und Landkreise, im Folgenden der Begriff „Kommune“ Anwendung.

Das Jahr 2021 war geprägt durch intensive Einzelberatungen, die sich durch ihre hohe Flexibilität und Individualität als äußerst effektiv erwiesen. Sehr schnell wurde dabei deutlich, dass jede Gebietskörperschaft ihren eigenen Weg zur Beteiligung junger Menschen finden muss. Ergänzend fanden digitale Vernetzungsworkshops und offene Sprechstunden statt, in denen gesetzliche Rahmenbedingungen, Beteiligungsmethoden und praxisnahe Fragen thematisiert wurden. Eine Zwischenevaluation bestätigte die hohe Zufriedenheit der teilnehmenden Kommunen mit dem Beratungsangebot.

2022 wurde das Projekt mit breiter Beteiligung fortgeführt – lediglich vier Kommunen schieden aus internen Gründen aus. Neben den Einzelberatungen wurden in sechs fortgeschrittenen Kommunen Vor-Ort-Besuche durchgeführt, um Beteiligungssituationen direkt zu begleiten. Zwei Vernetzungstreffen – eines online und eines in Erfurt – förderten den interkommunalen Austausch. Begleitend entstanden Kooperationen mit der inzwischen eingerichteten Servicestelle Mitbestimmung beim TMBJS, Veröffentlichungen in Fachzeitschriften sowie Fachvorträge.

Anfang 2023 wurden im Rahmen eines neuen Interessenbekundungsverfahrens 13 weitere Kommunen in die Beratung aufgenommen. Bei den anderen Kommunen aus den ersten Jahren endete mit fünf Ausnahmen die Beratungsphase. In den fünf bereits zuvor betreuten Kommunen waren aufgrund vielversprechender Entwicklungen weitere Beratungsinputs notwendig.

Eine neue Voraussetzung für die Teilnahme am Projekt war die Festlegung verbindlicher Meilensteine durch die höchsten kommunalen Gremien, um nachhaltige Fortschritte zu gewährleisten. Die Einführung von § 26a der Thüringer Kommunalordnung erhöhte zudem den Handlungsdruck auf die Kommunen, wodurch die Projektbegleitung sehr positiv aufgenommen wurde. Neben Videoberatungen und Vor-Ort-Besuchen wurden vier offene Sprechstunden angeboten, um Kommunen einen flexiblen und bedarfsgerechten Austausch zu ermöglichen.

Im letzten Projektjahr 2024 lag der Fokus auf der Fortführung und Stabilisierung begonnener Beteiligungsprozesse. Einzelberatungen, offene Sprechstunden und Vor-Ort-Besuche blieben weiterhin wichtige Elemente des Projekts. Die Einführung der 2023 getroffenen Festlegung von Meilensteinen erwies sich als äußerst sinnvoll, da sie den Beteiligungsprozessen eine klare Struktur und Verbindlichkeit verliehen. Typische Meilensteine waren beispielsweise die gezielte Gewinnung von Mitgliedern für Beteiligungsgremien, der Aufbau von Kontakten zu Netzwerkpartnern sowie die konkrete Planung von Veranstaltungen.

Erfreulicherweise konnten im Laufe des Jahres 2024 nahezu alle Kommunen ihre Meilensteine umsetzen. Zwar waren in einigen Fällen Anpassungen an veränderte Rahmenbedingungen erforderlich, doch diese führten nicht zu grundlegenden Abweichungen vom ursprünglichen Ziel.

Eine kontinuierliche enge Zusammenarbeit mit dem Ministerium und der Servicestelle Mitbestimmung ermöglichte es zudem, Fortbildungsbedarfe zu identifizieren, gemeinsame Veranstaltungen zu planen und den fachlichen Austausch auf Tagungen zu fördern.

Insgesamt kann das Beratungsprojekt als sehr erfolgreich bewertet werden, da es in den allermeisten teilnehmenden Kommunen nachhaltig zur Einführung und Stabilisierung von Kinder- und Jugendbeteiligung beigetragen hat.

### 3. Methodik des vorliegenden Berichts

Sämtliche Beratungsaktivitäten unseres Projekts wurden sorgfältig protokolliert. Daraus liegen insgesamt fast 500 Protokollseiten vor. Diese wurden für den vorliegenden Abschlussbericht einer qualitativen Inhaltsanalyse unterzogen. Die methodologischen Grundlagen der Inhaltsanalyse sollen an dieser Stelle nicht ausführlich diskutiert werden. Es handelt sich dabei um eine systematische sozialwissenschaftliche Methode zur Untersuchung zum Beispiel von Texten, Medien oder Dokumenten. Sie verfolgt das Ziel, Muster und Strukturen zu identifizieren (vgl. z. B. Mayring 2022). Die dafür genutzte Software war MaxQDA.

Die im Rahmen dieser Studie durchgeführte Inhaltsanalyse verfolgte insbesondere das Ziel einer Typologisierung der in das Projekt einbezogenen Kommunen nach der übergeordneten Frage, wie erfolgreich sie bei der Einführung oder Etablierung der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen waren. Hieraus ergab sich eine Differenzierung nach Kategorien, die induktiv, also ausgehend vom Einzelfall hin zu einer generalisierten Typologie, aus dem vorliegenden Textmaterial abgeleitet wurden.

Die folgenden sechs Typen konnten aus dem Protokollmaterial inhaltsanalytisch extrahiert werden:

1. Kommunen mit stabiler Beteiligungsstruktur
2. Kommunen, die im Beratungsprozess Beteiligungsformen neu gegründet oder weiterentwickelt haben
3. Kommunen mit Projekten und positiven Entwicklungen
4. Kommunen, die nach Rückschritten neue Perspektiven entwickelt haben
5. Kommunen mit strukturellen Einschränkungen
6. Kommunen, die das Beratungsprojekt verlassen haben.

### 4. Typologie der Kommunen im Beratungsprojekt

Im Folgenden werden die sechs entwickelten Typen näher beschrieben. Dabei geht es darum, Gemeinsamkeiten und Unterschiede sowohl innerhalb der einzelnen Typen wie auch in der gesamten Typologie herauszustellen. Die jeweiligen Typen werden durch ausgewählte Fallbeispiele veranschaulicht. Alle Namen von Kommunen wurden durch frei erfundene Namen ersetzt.

## 4.1. Kommunen mit stabiler Beteiligungsstruktur

Die Kommunen, in denen bereits über lange Zeit stabile Strukturen für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bestehen, zeichnen sich durch eine institutionalisierte und gut funktionierende Kinder- und Jugendbeteiligung aus. Diese Strukturen sind fest in der Kommunalpolitik etabliert, werden von Verwaltung und Politik aktiv unterstützt und haben eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung. Die Kommunen haben ihre Beteiligungsstrukturen über viele Jahre hinweg aufgebaut und gefestigt. Die Beteiligungsformate sind in der Hauptsatzung und in der Stadtpolitik verankert.

Die Beteiligung der jungen Menschen ist nicht von Einzelpersonen abhängig, sondern strukturell abgesichert. Die Jugendlichen haben Mitspracherechte in Gremien oder Ausschüssen. Die Jugendgremien verwalten eigene Budgets oder haben Zugang zu Fördermitteln, um selbstständig Projekte umzusetzen. Neben fest institutionalisierten Gremien gibt es auch offene Beteiligungsformate, wie Jugendforen oder projektbezogene Mitbestimmungsmöglichkeiten. Insgesamt dienen diese Kommunen als Best-Practice-Beispiele dafür, wie erfolgreiche, nachhaltige Kinder- und Jugendbeteiligung gelingen kann.

*Die Jugendbeteiligung in Waldenburg ist über Jahrzehnte sehr erfolgreich. Das Jugendparlament ist schon lange fest in der Hauptsatzung verankert. Die Mitgliedschaft ist offen, sodass alle interessierten Kinder und Jugendlichen mitwirken können. Das Jugendparlament ist eng mit dem Stadtrat verknüpft und tagt einmal jährlich gemeinsam mit diesem. In der Bevölkerung und bei Erwachsenen genießt die Jugendbeteiligung hohe Akzeptanz. Kinder und Jugendliche bringen regelmäßig Impulse ein und sind an Projekten wie der Spielplatzgestaltung, der Pflege eines Skaterparks und der Organisation von Veranstaltungen beteiligt. Zudem ist das Jugendparlament finanziell gut ausgestattet und soll zukünftig über ein höheres Budget verfügen. Insgesamt ist die Kinder- und Jugendbeteiligung in Waldenburg fest in der Kommunkultur verankert, wird aktiv unterstützt und hat einen sichtbaren Einfluss auf die Stadtentwicklung.*

*Die Jugendbeteiligung in Lichtental ist insgesamt gut aufgestellt. Der Jugendbeirat besteht seit über zehn Jahren, hat ein Rederecht in allen Ausschüssen und setzt sich aktiv für seine Anliegen ein. Allerdings gibt es Herausforderungen bei der Mobilisierung weiterer Jugendlicher, insbesondere in Regelschulen, da viele denken, dass sie keinen Einfluss haben. Die ersten Jahre waren zudem von Findungsprozessen geprägt. Zur Stärkung der Beteiligung plant der Beirat verstärkten Kontakt zu Jugendclubs, Jugendversammlungen, eine stärkere Nutzung von Social Media und einen eigenen Etat für Projekte. Insgesamt hat der Jugendbeirat in Lichtental eine starke Position, muss aber weiter an der Gewinnung junger Menschen arbeiten.*

## 4.2. Kommunen, die im Beratungsprozess Beteiligungsformen neu gegründet oder weiterentwickelt haben

Die Kommunen, die während des Beratungsprozesses neue Beteiligungsformen ins Leben gerufen haben, weisen einige wichtige Gemeinsamkeiten, aber auch Unterschiede auf. Diese betreffen vor allem die Herangehensweise, die Rahmenbedingungen und die Akzeptanz der Kinder- und Jugendbeteiligung in den jeweiligen Städten und Gemeinden.

In allen Kommunen spielte die Unterstützung durch die Verwaltungsspitze, Stadträte oder die Verwaltung insgesamt eine wesentliche Rolle. Engagierte Bürgermeisterinnen und Bürgermeister<sup>2</sup>, die das Thema aktiv vorantreiben, sind zentral für den Erfolg. Ohne diesen Rückhalt wäre die Gründung eines Jugendgremiums in vielen Fällen nicht gelungen.

Die meisten Kommunen starteten mit niedrighschwelligem Beteiligungsformaten wie Workshops, World Cafés oder Ideenwerkstätten, um das Interesse der Jugendlichen zu wecken. Dennoch standen fast alle Kommunen vor der Herausforderung, überhaupt genügend Jugendliche zu motivieren. Erst durch gezielte Ansprache über Schulen, Jugendklubs oder Vereine konnten engagierte junge Menschen gefunden werden. Die Beteiligung funktionierte am besten dort, wo greifbare Projekte in Aussicht standen, die auf Interesse der Jugendlichen stießen. Dies waren beispielsweise Projekte zu Skateranlagen oder Pumptracks, durch die den jungen Menschen deutlich wurde, dass sie einen direkten Einfluss auf die Gestaltung ihrer Lebenswelt nehmen konnten.

Während die Gründung eines Beteiligungsgremiums oft noch relativ gut funktionierte, war die langfristige Etablierung in einigen Kommunen hingegen eine Herausforderung. So gab es durchaus auch Schwierigkeiten, die Beteiligung nachhaltig zu verankern und eine kontinuierliche Jugendgruppe aktiv zu halten. Besonders in kleineren Kommunen drohte das Engagement einzelner Jugendlicher schnell wieder zu versanden, wenn kein langfristiges Identifikationsthema existierte.

Mit Blick auf Unterschiede zwischen den Kommunen in diesem Typ hat sich gezeigt, dass manche Kommunen auf formale Strukturen wie Jugendbeiräte setzten. Andere bevorzugten zumindest zunächst flexiblere, projektbezogene Beteiligungsformen, etwa durch Beteiligungsworkshops, projektbasierte Teams oder Jugendeinwohnerversammlungen.

Auch in diesem Typ hat sich bei einem Teil der Kommunen von Beginn an eine gut in die politische Entscheidungsstruktur integrierte Beteiligungsform etabliert. In anderen Kommunen gab es hingegen politische Widerstände oder Skepsis gegenüber Jugendgremien, sodass diese weniger Einfluss hatten.

---

2 Die Bezeichnung Bürgermeisterinnen und Bürgermeister schließt im Folgenden gegebenenfalls auch Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister ein.

Für die Initiierung der Beteiligung junger Menschen bekam in einigen Kommunen eine enge Kooperation mit Schulen und Jugendsozialarbeit eine Schlüsselrolle. Zum Teil waren Schulen, Jugendclubs oder die Jugendsozialarbeit maßgeblich an der Mobilisierung beteiligt.

Unterschiede gab es auch in der Schnelligkeit und Effektivität des Aufbaus von Beteiligungsformen. Zum Teil entstand innerhalb kurzer Zeit eine aktive Jugendgruppe, zum Teil gab es längere Findungsprozesse mit mehreren Anläufen und Überzeugungsarbeit.

Insgesamt hat sich für die Kommunen, die im Beratungsprozess Beteiligungsformen neu gegründet oder weiterentwickelt haben, gezeigt, dass die politische Unterstützung, konkrete Projekte und eine gezielte Ansprache der Jugendlichen zentrale Erfolgsfaktoren sind.

*Die Jugendbeteiligung in Bergstadt hat sich sehr positiv entwickelt. Bereits vor einigen Jahren wurde ein Jugendbeirat gegründet, dessen Gründungsprozess partizipativ gestaltet war – die Jugendlichen bestimmten Wahlverfahren und Mitgliedschaft selbst. Der Jugendbeirat ist gut in die Stadtverwaltung eingebunden, hat ein Anhörungsrecht im Stadtrat und wird regelmäßig in Entscheidungsprozesse einbezogen. Er hat bereits konkrete Projekte wie den Bau einer Skateranlage erfolgreich umgesetzt. Trotz einiger Herausforderungen, etwa bei der Spielplatzgestaltung, wird der Beirat grundsätzlich aktiv von Verwaltung und Politik unterstützt. Zukünftig soll er weiterentwickelt, neue Mitglieder gewonnen und die Vernetzung mit anderen Kommunen ausgebaut werden. Bergstadt gilt damit als eines von vielen Vorbildern für gelungene Jugendbeteiligung.*

*Die Jugendbeteiligung in Windfels wurde im Rahmen des Beratungsprozesses gezielt angestoßen. Zuvor lag der Fokus der Stadt stark auf Seniorenarbeit, doch der Bürgermeister wollte auch die Beteiligung junger Menschen stärken. Zwei Veranstaltungsformate wurden entwickelt: eine formelle Versammlung und ein informelleres Treffen mit dem Bürgermeister. Anschließend wurde versucht, eine feste Kerngruppe zu etablieren, was zunächst nicht leicht war. Zwei engagierte Jugendliche entschieden sich dann nach ihrem Schulabschluss für eine Ausbildung in der Verwaltung. Dies erwies sich im weiteren Prozessverlauf als vorteilhaft, da Kontakte zu anderen Jugendlichen leichter zustande kamen. Erste Projekte wurden umgesetzt. Die Präferenz der Stadt liegt auf weniger formalisierten Gremien, was auch realisiert werden konnte. Insgesamt hat sich ein vielversprechender Prozess entwickelt, der jedoch noch weiter gefestigt und ausgebaut werden muss.*

### **4.3. Kommunen mit Projekten und positiven Entwicklungen**

Einige Kommunen haben sich bewusst gegen die sofortige Gründung fester Beteiligungsgremien wie Jugendparlamente oder Jugendbeiräte entschieden, um Erfahrungen zu sammeln, bevor sie über eine formale Struktur nachdenken. Stattdessen setzen sie zunächst auf projektbezogene Beteiligungsformate, um Kinder und Jugendliche schrittweise an Mitbestimmung heranzuführen. Die Themenwahl ist dabei unterschiedlich. Manche Kommunen bevorzugen kulturelle und kreative Projekte, andere wählen infrastrukturelle Maßnahmen, wie Sportplätze oder Treffpunkte.

Die Flexibilität projektbezogener Formate kann aus Sicht der entsprechenden Kommunen Vorteile für die Motivation der jungen Menschen bringen, zum Teil wird aber auch das Risiko gesehen, dass die Beteiligung nach Ende einzelner Projekte wieder abflacht. In manchen Fällen besteht noch Unsicherheit, ob eine feste Struktur überhaupt langfristig sinnvoll oder umsetzbar ist. Eine strategische Weiterentwicklung, die eine längerfristige Perspektive eröffnet, könnte helfen, nachhaltige Beteiligung zu sichern.

Zum Teil resultiert die Zurückhaltung bei der sofortigen Gründung eines Gremiums daraus, dass in der Vergangenheit negative Erfahrungen mit formalen Beteiligungsstrukturen gemacht wurden, die sich als wenig nachhaltig erwiesen und kaum erfolgreich waren.

Ein anderer Grund für die Zurückhaltung gegenüber stärker institutionalisierten Formen der Kinder- und Jugendbeteiligung ist auch, dass es an Personal oder finanziellen Mitteln für die dauerhafte Begleitung einer Beteiligungsstruktur fehlt. Zum Teil sind auch die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister oder die Verwaltung mit anderen Herausforderungen zum Beispiel im Zusammenhang mit einer schwierigen Haushaltslage ausgelastet. Bei manchen fehlt es aber auch an Unterstützung durch die politische Führungsebene. Deshalb wollen diese Kommunen zunächst die weitere Entwicklung beobachten, die Wirkung der projektbezogenen Beteiligung evaluieren und dann entscheiden, ob und wann eine feste Struktur Sinn macht.

*Die Jugendbeteiligung in Sonnental entwickelte sich während des Beratungsprozesses vielversprechend. Anfangs gab es Impulse wie die Idee eines Jugendparlaments, unterstützt durch den engagierten Bürgermeister. Zwei Gruppen von Jugendlichen bildeten sich: Eine setzte sich für ein neues Jugendzentrum ein, während die andere kleinere Projekte initiierte. Trotz anfänglich hoher Beteiligung ließ das Engagement teilweise nach, da es Widerstände im Ortschaftsrat gab. Dennoch wurden einige Projekte erfolgreich umgesetzt. Eine zentrale Rolle spielte die Streetworkerin, die Jugendliche motivierte und vernetzte. Die Verwaltung und der Bürgermeister waren offen für Jugendbeteiligung, mussten jedoch Widerstände überwinden. Insgesamt wurden wichtige Grundlagen geschaffen, die nun weiter gefestigt werden können, um eine langfristige Beteiligungsstruktur in Sonnental zu etablieren.*

#### **4.4. Kommunen, die nach Rückschritten neue Perspektiven entwickelt haben**

In unserem Projekt gab es auch Kommunen, die sich mit Rückschlägen in der Kinder- und Jugendbeteiligung konfrontiert sahen und neue Wege finden mussten, um die Mitbestimmung junger Menschen wiederzubeleben. Während manche bereits funktionierende Beteiligungsstrukturen hatten, die aus verschiedenen Gründen zum Erliegen kamen, versuchten andere, frühere Initiativen auszubauen, nachdem erste Ansätze nicht zum gewünschten Erfolg führten. Gründe für die früheren Misserfolge waren zum Beispiel fehlende personelle Ressourcen, mangelndes Interesse der Jugendlichen oder politische Veränderungen.

Trotz dieser Herausforderungen gelang es, neue Perspektiven zu entwickeln und alternative Wege einzuschlagen, um eine nachhaltige Beteiligungskultur zu etablieren.

Diese Kommunen zeigen eindrucksvoll, dass Kinder- und Jugendbeteiligung auch nach Rückschlägen wieder aktiviert werden kann. Entscheidend für eine erfolgreiche Wiederaufnahme sind eine starke politische Unterstützung, die Anpassungsfähigkeit der Konzepte an veränderte Rahmenbedingungen und die gezielte Einbindung der jungen Menschen.

Während einige Kommunen mittlerweile wieder stabile Strukturen geschaffen haben, befinden sich andere noch in einer Phase der Neuorientierung. Der nachhaltige Erfolg hängt dabei maßgeblich von klaren Perspektiven, tragfähigen Netzwerken und einer kontinuierlichen Begleitung der Prozesse ab.

Die meisten Kommunen haben ihre bisherigen Beteiligungskonzepte kritisch hinterfragt und neue Perspektiven entwickelt, oft mit flexibleren Formaten oder über niedrigschwellige Projekte. Zum Teil konnten sie ihre Beteiligungsstrukturen in politische Prozesse einbinden, zum Teil fehlen noch tragfähige personelle oder politische Rückhalte. Aufgrund der nach wie vor bestehenden strukturellen Unsicherheit setzen viele der Kommunen zunächst auf Beteiligung über Projekte, Freizeitangebote oder digitale Formate.

*Bis vor etwa fünf Jahren gab es in Lindenfeld ein Schülerparlament, das dann einschlieft, wodurch die Jugendbeteiligung lange vernachlässigt wurde. Erst in den letzten Jahren wurde das Thema wieder aufgegriffen, maßgeblich durch das Engagement einer Sozialarbeiterin, die versuchte, Verbündete in der Verwaltung zu finden. Trotz anfänglicher Hürden wurde schließlich auf Initiative des Bürgermeisters ein Kinder- und Jugendbüro eingerichtet, das als Anlaufstelle dient. Erste Projekte wie eine Ideenwerkstatt wurden gestartet. Die Jugendbeteiligung gewinnt wieder an Dynamik, doch fehlen weiterhin personelle Ressourcen für den Ausbau.*

*Vor einigen Jahren wurde im Landkreis Hohenried ein Kinder- und Jugendbeirat gegründet, an dem sich zehn bis zwölf Jugendliche beteiligten. Auch eine Vertretung in den Kreistagsausschüssen war vorgesehen. Durch die Corona-Pandemie und den Weggang aktiver Mitglieder kam die Arbeit des Beirats jedoch zum Stillstand. In den letzten Jahren wurde die Jugendbeteiligung wiederbelebt, unter anderem durch Sozialraumkonferenzen. Zudem wurde der Kinder- und Jugendbeirat auf Kreisebene reaktiviert, mit dem Ziel, die Jugendbeteiligung langfristig zu stärken.*

## **4.5. Kommunen mit strukturellen Einschränkungen**

Insgesamt 11 der 53 Kommunen in unserem Projekt haben es im Beratungszeitraum trotz Bemühungen nicht geschafft, Strukturen zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen aufzubauen. Diese Kommunen weisen erhebliche strukturelle Einschränkungen auf, die eine erfolgreiche Etablierung von Beteiligungsprozessen erschweren. Oft fehlen dort nicht nur konkrete Beteiligungsformate, sondern auch erste Impulse, die auf eine zukünftige Entwicklung hindeuten könnten. In diesen Fällen sind weder nachhaltige Erfolge noch erkennbare Fortschritte absehbar.

In mehreren Kommunen gab es in der Vergangenheit Beteiligungsversuche, die jedoch gescheitert sind. In diesen Fällen führte die Ernüchterung aus früheren Rückschlägen dazu, dass neue Initiativen gar nicht erst angestoßen wurden. Damit mag auch zusammenhängen, dass es in fast allen Fällen an einem klaren politischen Willen mangelt, die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen systematisch zu fördern. Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie kommunale Gremien setzen mitunter andere Schwerpunkte oder bringen dem Thema (noch) nicht die gleiche Priorität entgegen.

Eine weitere wesentliche Einschränkung sind mangelnde personelle und finanzielle Ressourcen. So gibt es kaum hauptamtliches Personal, das sich um das Thema Kinder- und Jugendbeteiligung kümmert. Diejenigen, die mit dem Thema Beteiligung junger Menschen beauftragt sind, verfügen nur in seltenen Fällen über eine pädagogische Ausbildung. Andere sind als Einzelpersonen ohne strukturelle Rückendeckung schnell überfordert. In einigen Kommunen fehlen auch externe Akteure wie freie Träger oder engagierte Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, die Beteiligungsprozesse begleiten könnten.

Aufgrund der strukturellen Defizite ist auch kaum erkennbar, dass Jugendliche motiviert sind, sich aktiv für Beteiligungsformate einzusetzen. Es fehlen klare Anreize und niedrigschwellige Angebote, um das Interesse junger Menschen zu wecken.

In einigen Fällen erschweren auch große Distanzen zwischen Ortsteilen oder eine schlechte Infrastruktur den Aufbau gemeinsamer Beteiligungsformate. Zudem sind einige Kommunen durch eine geringe Bevölkerungsdichte geprägt, sodass sich Jugendbeteiligung schwieriger organisieren lässt.

Schwache Versuche, wie vereinzelte Projektansätze oder Versammlungen, um Wünsche von Kindern und Jugendlichen abzufragen, geben dennoch Anlass zu der Annahme, dass trotz der bisher geringen Fortschritte die Kinder- und Jugendbeteiligung auch in diesen Kommunen nicht ausgeschlossen ist. Mit der richtigen Unterstützung und pragmatischen Ansätzen könnten auch hier erste Schritte unternommen werden, um langfristig tragfähige Strukturen aufzubauen.

Oft fehlen in diesen Kommunen direkte Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für junge Menschen, beispielsweise aus Pädagogik und Sozialer Arbeit. Ohne personelle Ressourcen, begleitet durch ein Minimum an finanziellen Mitteln wird die Kinder- und Jugendbeteiligung allerdings auch in Zukunft kaum erfolgreich sein.

*Die Kinder- und Jugendbeteiligung in Hirschfeld hat sich bisher nur sehr begrenzt entwickelt. Obwohl die Gemeinde großes Interesse an der Mitbestimmung junger Menschen dokumentiert und Anregungen suchte, blieb die Eigeninitiative der jungen Generation aus. Aufrufe im Amtsblatt und online blieben ohne Resonanz, und auch die Unterstützung durch einen Landtagsabgeordneten brachte keinen Erfolg. Hauptproblem ist der fehlende direkte Kontakt zur jungen Zielgruppe, da der örtliche Jugendklub seit sechs Jahren geschlossen ist und Schulen sich auf den Unterricht konzentrieren. Zudem gaben die Verantwortlichen an, durch andere Projekte zum Beispiel im Baubereich stark ausgelastet zu sein. Als möglicher Ansatzpunkt wird nun die Motivierung junger*

*Menschen bei der Gestaltung eines neuen Spielplatzes gesehen. Zudem sollen Aktionen wie Müllsammeln an Schulen genutzt werden, um Kontakt aufzubauen. Insgesamt bleibt die Kinder- und Jugendbeteiligung in Hirschfeld aber eine große Herausforderung.*

*Die Kinder- und Jugendbeteiligung in Falkenberg hat sich in den letzten Jahren stark zurückentwickelt. Früher gab es ein Kinderbüro, das jedoch mit dem Ruhestand der Betreuerin aufgelöst wurde. Auch das Jugendforum existiert nicht mehr, da engagierte Jugendliche nach dem Abitur weggezogen sind und kein Träger vorhanden ist. Derzeit versuchen nur noch drei bis vier Jugendliche, das Forum am Leben zu halten. Die Kinder- und Jugendbeteiligung ist somit ein nahezu neues Thema in der Stadt, und es gibt aktuell keine verantwortliche Person, die sich darum kümmern kann. Auch in der Nachbarstadt, wo die Beteiligung junger Menschen seit Jahren in der Hauptsatzung verankert ist, wurden keine Fortschritte erzielt. Insgesamt fehlt es in Falkenberg an personellen Ressourcen und Strukturen, um die Kinder- und Jugendbeteiligung wiederzubeleben.*

#### **4.6. Kommunen, die das Beratungsprojekt verlassen haben**

Insgesamt 7 der 53 Kommunen haben das Beratungsprojekt zur Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen vorzeitig verlassen, wobei die Gründe dafür unterschiedlich waren. In einigen Fällen fehlte es an politischer Unterstützung oder einer klaren Perspektive für die Weiterentwicklung der Beteiligungsprozesse. Andere Kommunen standen vor strukturellen Herausforderungen, etwa durch uneinheitliche Herangehensweisen innerhalb einer Verwaltungsgemeinschaft oder durch Schwierigkeiten, Kinder und Jugendliche langfristig für die Beteiligung zu gewinnen. Zudem zeigte sich die hohe personelle Abhängigkeit der Kinder- und Jugendbeteiligung bei fehlender struktureller Rückendeckung. Besonders in kleineren Kommunen gab es oft nicht genügend Fachkräfte oder hauptamtliche Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner, um die Beteiligung junger Menschen nachhaltig zu begleiten.

Einige entschieden sich bewusst gegen die Gründung eines eigenen Beteiligungsgremiums und verlagerten die Mitbestimmung stattdessen auf Landkreisebene oder in informelle Formate. In manchen Kommunen gab es zwar erste Initiativen zur Kinder- und Jugendbeteiligung, doch organisatorische Hürden, fehlende Ressourcen oder politische Widerstände führten dazu, dass das Projekt nicht weiterverfolgt wurde. In drei der sieben Fälle konnten die Kommunen die formalen Voraussetzungen für die weitere Teilnahme am Projekt nicht erfüllen. Die Gründe dafür waren Zeitmangel bei der Umsetzung der Meilensteine, politische Konflikte, die eine Verankerung der Kinder- und Jugendbeteiligung in der Hauptsatzung verhinderten und mangelnde Unterstützung des Bürgermeisters in einer Verwaltungsgemeinschaft.

*Die Jugendbeteiligung in Steinweiler war bisher eher sporadisch. Anfangs zeigte die Stadtverwaltung wenig Interesse an einer Zusammenarbeit mit Jugendlichen, bis im Sommer eine Zusammenkunft für das Stadtfest organisiert wurde, bei der erste Ideen entstanden. Als mögliche Ansatzpunkte wurden Schulen und Vereine genannt, zudem wurde über die Gründung eines Jugendparlaments diskutiert. In der Vergangenheit gab es bereits Jugendbeteiligung, etwa durch ein Jugendbarcamp oder die Mitgestaltung eines Skaterplatzes, doch die damals engagierten Jugendlichen sind inzwischen*

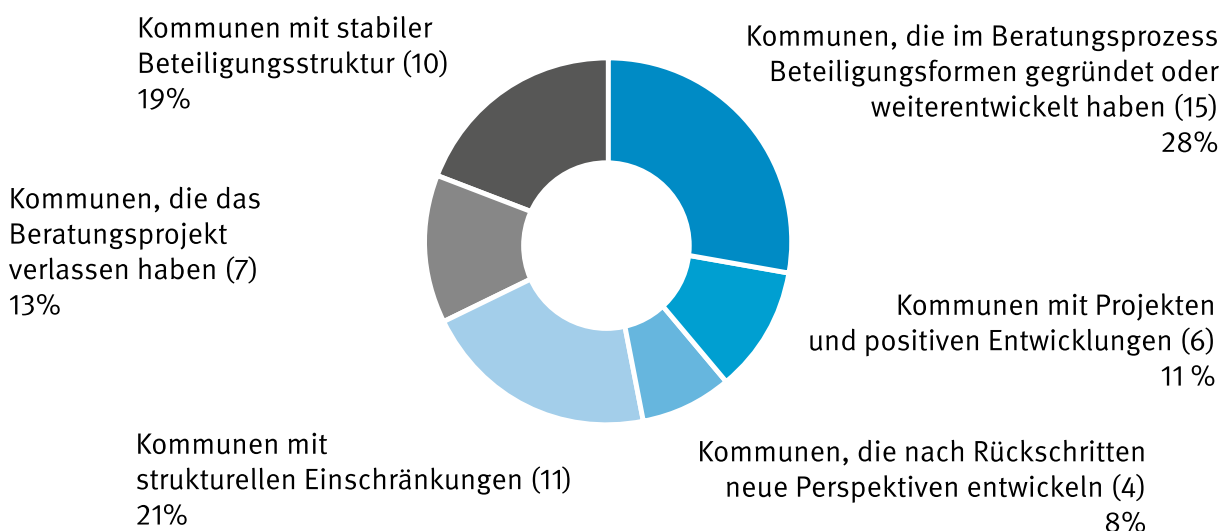
weggezogen. Noch verbliebene engagierte Jugendliche entschieden sich für eine Beteiligung an einem bestehenden Jugendparlament auf Landkreisebene, wodurch Steinweiler sich aus der lokalen Beratung zurückzog.

Die Jugendbeteiligung in Hohenstedt war bisher vor allem informell und projektbezogen. Jugendliche wurden bereits in die Gestaltung eines Freibads einbezogen und sind aktiv in Jugendfeuerwehren und Karnevalsvereinen. Vor dem Hintergrund der neuen Bestimmungen durch die Thüringer Kommunalordnung sollte die Beteiligung systematischer gestaltet werden. Im Stadtrat ließ sich allerdings keine Zustimmung zur Verankerung der Beteiligung junger Menschen in der Hauptsatzung erzielen. Vor diesem Hintergrund erwiesen sich weitere Bemühungen als wenig aussichtsreich.

## 4.7. Typologie der Kommunen nach Anteilen am Beratungsprojekt

Deutlich geworden sind sechs unterschiedliche Typen von Kommunen im Beratungsprojekt zur Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen. Dazu zeigt Abbildung 1 noch einmal zusammenfassend, wie sich die 53 in das Projekt einbezogenen Kommunen auf die entwickelten Typen verteilen. Zu berücksichtigen ist dabei, dass die jeweilige Einstufung auf dem letzten Zeitpunkt der Beratung beruht, sodass etwaige aktuelle Entwicklungen nicht in die Zuordnung eingegangen sind.

Abbildung 1: Anteile der Kommunen nach Beteiligungstypen



N=53

Etwa ein Fünftel unserer Beratungskommunen verfügt über eine stabile Beteiligungsstruktur. Kennzeichnend ist für sie eine etablierte, institutionalisierte Jugendbeteiligung, die fest in der Kommunalpolitik verankert und breit akzeptiert ist. Verwaltung und Politik unterstützen sie aktiv, wodurch Jugendliche Mitspracherechte, Zugang zu Budgets und flexible Beteiligungsformate wie Jugendforen erhalten.

Kommunen, die im Beratungsprozess Beteiligungsformen gegründet oder weiterentwickelt haben, machen gut ein Viertel aus. Erfolgsentscheidend war für sie

die Unterstützung durch Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die Verwaltung sowie politische Akteure. Viele Kommunen begannen mit Workshops, hatten jedoch Mühe, Kinder und Jugendliche zu motivieren. Direkte Einflussmöglichkeiten auf Projekte wie Skateranlagen förderten dann das Engagement. Während einige formale Strukturen aufbauten, setzten andere auf flexible Formate. Politische Unterstützung, konkrete Projekte und gezielte Ansprache, etwa über Schulen oder Jugendsozialarbeit, waren zentrale Erfolgsfaktoren.

Etwa ein Zehntel der Kommunen startete mit Projekten und wies insgesamt positive Entwicklungen auf. Statt fester Gremien wie Jugendparlamente setzten sie zunächst auf projektbezogene Formate, um junge Menschen schrittweise an Mitbestimmung heranzuführen. Gründe für die Zurückhaltung gegenüber festen Gremien waren negative Erfahrungen, fehlende Ressourcen oder mangelnde politische Unterstützung. Viele Kommunen wollten erst Erfahrungen sammeln, die Wirkung evaluieren und später über feste Strukturen entscheiden.

Gewisse Rückschritte waren auch kennzeichnend für die acht Prozent, die dann allerdings im Beratungsprozess neue Perspektiven entwickelten. Um die Kinder- und Jugendbeteiligung neu zu beleben, wählten sie flexible und niedrigschwellige Konzepte, da frühere Ansätze an fehlenden Ressourcen, mangelndem Interesse oder politischen Veränderungen scheiterten. Einige Kommunen bauten stabile Strukturen wieder auf, andere befinden sich noch in der Neuorientierung.

Gut ein Fünftel unserer Beratungskommunen weist hingegen deutliche strukturelle Einschränkungen auf, die wenig Anlass zu der Annahme geben, dass die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auf absehbare Zeit erfolgreich umzusetzen ist. Fehlender politischer Wille, begrenzte Ressourcen und strukturelle Herausforderungen erschweren die Kinder- und Jugendbeteiligung. Oft wurde die Verantwortung auf Einzelpersonen übertragen, die überfordert waren. Gescheiterte Initiativen führten zu Resignation, während Anreize für Kinder und Jugendliche fehlen.

Schließlich zeigt Abbildung 1, dass gut ein Zehntel unserer Beratungskommunen das Projekt vorzeitig verlassen hat. Fehlende politische Unterstützung und unklare Perspektiven erschwerten die Weiterentwicklung der Beteiligung. Strukturelle Herausforderungen, uneinheitliche Ansätze und Schwierigkeiten, Kontakt zu Kindern und Jugendlichen aufzubauen, waren weitere Hürden. Besonders in kleinen Kommunen fehlten oft Fachkräfte oder hauptamtliche Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner.

Deutlich wird, dass die in das Beratungsprojekt einbezogenen Kommunen ein sehr breites Spektrum unterschiedlicher Entwicklungen auf ihrem Weg zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen aufweisen. Es erstreckt sich von Kommunen die langjährig etablierte, gut verankerte Kinder- und Jugendbeteiligungsstrukturen aufweisen, bis hin zu solchen, die bisher kaum Fortschritte erzielt haben. Zusammenfassend stellt sich vor diesem Hintergrund die Frage, welche Perspektiven sich aus dem weiten Spektrum unterschiedlicher Entwicklungen ableiten lassen.

## 5. Zusammenfassung: Entwicklungsperspektiven einer nachhaltigen Etablierung von Kinder- und Jugendbeteiligung

Der vorliegende Bericht basiert auf der Analyse von 53 Kommunen, die im Rahmen eines Beratungsprojekts zur Kinder- und Jugendbeteiligung begleitet wurden. Zusammenfassend lassen sich die folgenden Entwicklungsperspektiven hervorheben.

Ein zentrales Element erfolgreicher Kinder- und Jugendbeteiligung ist die rechtliche und strukturelle Verankerung – idealerweise in der Hauptsatzung. Ohne rechtliche Grundlage bleibt Beteiligung oft unverbindlich, und Unsicherheit über passende Formate führt zu Verzögerungen. Jugendparlamente, Jugendbeiräte, Jugendforen oder ähnliche Strukturen sollten dabei mit einem eigenen Budget ausgestattet werden, das eigenverantwortlich genutzt werden kann, um beispielsweise Veranstaltungen im kleinen Rahmen zu finanzieren.

Wesentlich ist zudem der politische Rückhalt. Das Engagement von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, Ratsmitgliedern und Verwaltungsleitungen trägt entscheidend dazu bei, Beteiligungsstrukturen zu schaffen und nachhaltig umzusetzen. Ohne politischen Willen bleibt Beteiligung oft symbolisch oder findet gar nicht statt, weil sie als zusätzliche Belastung oder politisch riskant wahrgenommen wird. Dabei ist es wichtig, Beteiligung nicht parteipolitisch zu instrumentalisieren. Die Mitbestimmung junger Menschen ist als Beitrag zur aktiven Demokratisierung zu verstehen. Dementsprechend muss auch klar verhandelt werden, welche Vorschläge realistisch umsetzbar sind. Nachvollziehbare Rückmeldungen und verlässliche Zeitpläne stärken das Vertrauen in Beteiligungsprozesse.

Um eine entsprechende Unterstützung zu ermöglichen, wäre es hilfreich, politische Entscheidungsträgerinnen und -träger beispielsweise durch Erfahrungsberichte aus erfolgreichen Kommunen stärker für die Bedeutung von Kinder- und Jugendbeteiligung zu sensibilisieren. So kann auch der Austausch mit anderen Kommunen den Aufbau tragfähiger Strukturen fördern, wenngleich jede Kommune ihren eigenen Weg zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen finden muss.

Weiterhin erscheint die Kooperation mit externen Akteuren, wie zum Beispiel freien Trägern, Jugendringen oder überregionalen Netzwerken geeignet, um erste Beteiligungsprozesse zu initiieren und zu begleiten. So bauen erfolgreiche Kommunen auf starke Netzwerke mit Schulen, Jugendeinrichtungen, Vereinen und Jugendsozialarbeit. Diese Kooperationen erleichtern den direkten Zugang zu Jugendlichen und schaffen niedrigschwellige Beteiligungsmöglichkeiten.

Damit möglichst viele junge Menschen erreicht werden, sind flexible und für Kinder und Jugendliche attraktive Beteiligungsformate notwendig. Neben festen Gremien

haben sich offene Formate wie Jugendforen, Barcamps, zeitlich begrenzte Projekte oder Onlinebefragungen als wirkungsvoll erwiesen. Wichtig ist zudem, digitale Kanäle und vertraute Treffpunkte wie Jugendclubs zu nutzen. Konkrete Projekte mit zeitnah sichtbaren Ergebnissen, etwa bei der Mitgestaltung öffentlicher Räume, stärken das Gefühl von Selbstwirksamkeit. Dabei sollten Beteiligungsformate altersgerecht gestaltet sein: Während Jüngere spielerisch motiviert werden können, brauchen Ältere in der Regel strukturiertere Mitwirkungsmöglichkeiten. Idealerweise werden die Beteiligungsformen gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen weiterentwickelt.

Oft sind es engagierte Einzelpersonen aus Politik, Verwaltung oder Jugendarbeit, die Beteiligungsprozesse initiieren und begleiten. Ihr Einsatz, zusammen mit der Eigeninitiative der jungen Menschen selbst, trägt entscheidend zur Qualität und Nachhaltigkeit der Beteiligung bei. Gesellschaftliche Anerkennung dieser Arbeit fördert zudem die Entstehung einer kommunalen Beteiligungskultur. Wichtig ist, dass Personen mit Eigeninitiative nicht isoliert bleiben, sondern durch ein Gesamtumfeld in Politik und Verwaltung unterstützt werden.

Auch auf Seiten der Kinder und Jugendlichen stellt sich die Frage nach Motivation und Engagement: Manche haben keine oder nur geringe Erfahrungen mit Beteiligung und Selbstwirksamkeit. Besonders schwer erreichbar sind wenig politikorientierte Jugendliche und junge Menschen mit Migrationshintergrund. Die hohe Fluktuation in der Lebensphase Jugend erschwert zudem den Aufbau stabiler Strukturen. Dementsprechend braucht es eine kontinuierliche Nachwuchsgewinnung. Schulen, Vereine und soziale Medien spielen dabei eine zentrale Rolle in der Ansprache. Mentorenprogramme, bei denen erfahrene Jugendliche neu Hinzukommende begleiten, helfen beim Wissenstransfer und stärken eine dauerhafte Beteiligungskultur. Auch hierbei ist allerdings eine pädagogische Begleitung wichtig, um den nachkommenden jungen Menschen zu ermöglichen, an die Arbeit der zuvor Engagierten anzuschließen und zugleich eigene Schwerpunkte zu setzen.

Eine gelingende Jugendbeteiligung bringt auch der Kommune Vorteile. Projekte, an denen Jugendliche mitwirken, stoßen auf höhere Akzeptanz, sind besser an deren Bedarfen ausgerichtet und tragen zur räumlichen Identifikation und Wohnortbindung bei.

## 6. Fazit

Eine wirksame Kinder- und Jugendbeteiligung in der Kommune lebt von klaren, rechtlich abgesicherten Strukturen, politischem Rückhalt, funktionierenden Netzwerken und vielfältigen, zugänglichen Formaten. Entscheidend ist nicht nur, Beteiligungsmöglichkeiten formal zu verankern, sondern sie mit ausreichenden Ressourcen und echten Mitbestimmungsmöglichkeiten zu unterlegen. Der Erfolg hängt maßgeblich von der Haltung aller Beteiligten ab: Politik, Verwaltung und Partnerinstitutionen sollten Mitbestimmung verlässlich unterstützen und eine Kultur schaffen, in der junge Menschen als aktive Gestalter ernst genommen werden. Frühere Erfahrungen können kritisch reflektiert und kontinuierlich in die Weiterentwicklung eingebracht werden. So kann Beteiligung nachhaltig wirken und auch die Identifikation junger Menschen mit ihrer Kommune stärken.

## Literatur

Lakemann, Ulrich (2020): Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Thüringer Kommunen. Bestandsaufnahme. Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (Hrsg.), Erfurt.

Mayring, Philipp (2022): Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken. 13. überarbeitete Auflage Weinheim, Basel: Beltz.

TMBJS Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (Hrsg.): Landesstrategie MITBESTIMMUNG junger Menschen, Erfurt.

## Anhang

### Checkliste: Kinder- und Jugendbeteiligung in der Kommune

Die folgende Checkliste unterstützt Kommunen dabei, die Qualität ihrer Kinder- und Jugendbeteiligung systematisch einzuschätzen. Sie basiert auf bewährten Erfolgsfaktoren sowie typischen Herausforderungen aus der kommunalen Praxis. Ziel ist es, sowohl bestehende Stärken sichtbar zu machen als auch Entwicklungsfelder zu identifizieren. Jede Frage ist so formuliert, dass sie auf ein konkretes Handlungsfeld abzielt.

Die Checkliste eignet sich für Kommunen in jeder Phase: vom Einstieg bis zur Verstetigung von Kinder- und Jugendbeteiligung. Nutzen Sie die Ergebnisse der Checkliste nicht nur zur Bestandsaufnahme, sondern auch als Ausgangspunkt für die nächsten konkreten Schritte. Besprechen Sie die Einschätzungen im Team, mit politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern sowie gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen.

Punkte werden wie folgt vergeben:

„trifft zu“	„trifft eher zu“	„teils-teils“	„trifft eher nicht zu“	„trifft nicht zu“
4 Punkte	3 Punkte	2 Punkte	1 Punkt	0 Punkte

<b>1. Strukturelle Verankerung und institutionelle Rahmenbedingungen</b>				
1.1. Ist die Kinder- und Jugendbeteiligung in der Hauptsatzung verankert?				
trifft zu	trifft eher zu	teils-teils	trifft eher nicht zu	trifft nicht zu
1.2. Wird in der Hauptsatzung auf Geschäftsordnungen oder Satzungen verwiesen, um flexibel Regelanpassungen zu erleichtern?				
trifft zu	trifft eher zu	teils-teils	trifft eher nicht zu	trifft nicht zu
1.3. Gibt es ein fest etabliertes Gremium (z. B. Jugendparlament, Jugendbeirat, Kinder- und Jugendstadtrat)?				
trifft zu	trifft eher zu	teils-teils	trifft eher nicht zu	trifft nicht zu
1.4. Sind die Beteiligungsstrukturen an politische Entscheidungsgremien (z. B. Stadt-/ Gemeinderat, Kreistag, Ausschüsse) angebunden?				
trifft zu	trifft eher zu	teils-teils	trifft eher nicht zu	trifft nicht zu
1.5. Steht der Kinder- und Jugendbeteiligung ein eigenes Budget zur Verfügung, über das die jungen Menschen selbst entscheiden können?				
trifft zu	trifft eher zu	teils-teils	trifft eher nicht zu	trifft nicht zu
1.6. Werden regelmäßig Jugendkonferenzen oder offene Beteiligungsformate angeboten, um neue Ideen einzubeziehen?				
trifft zu	trifft eher zu	teils-teils	trifft eher nicht zu	trifft nicht zu
1.7. Wird evaluiert, ob die Mitbestimmung junger Menschen deren Bedarfe erfüllt und nachhaltige Wirkung in der Kommune entfaltet?				
trifft zu	trifft eher zu	teils-teils	trifft eher nicht zu	trifft nicht zu

Zwischensumme: \_\_\_\_\_

## 2. Politischer Wille und Engagement der Entscheidungsträgerinnen und -träger

2.1. Unterstützen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie die Verwaltungsspitze aktiv die Kinder- und Jugendbeteiligung?

trifft zu	trifft eher zu	teils-teils	trifft eher nicht zu	trifft nicht zu
-----------	----------------	-------------	----------------------	-----------------

2.2. Werden Verwaltungsangestellte motiviert, an Fort- und Weiterbildungen zur Kinder- und Jugendbeteiligung teilzunehmen?

trifft zu	trifft eher zu	teils-teils	trifft eher nicht zu	trifft nicht zu
-----------	----------------	-------------	----------------------	-----------------

2.3. Gibt es eine klare Unterstützung durch den Stadtrat, Gemeinderat oder Kreistag, beispielsweise in Form grundsätzlicher Beschlüsse und/oder Strategien?

trifft zu	trifft eher zu	teils-teils	trifft eher nicht zu	trifft nicht zu
-----------	----------------	-------------	----------------------	-----------------

2.4. Werden notwendige politische Beschlüsse gefasst, um Kinder-/Jugendgremien, Projekte und Finanzierungen abzusichern?

trifft zu	trifft eher zu	teils-teils	trifft eher nicht zu	trifft nicht zu
-----------	----------------	-------------	----------------------	-----------------

2.5. Ist allen Entscheidungsträgerinnen und -trägern in Politik und Verwaltung klar, dass für Kinder- und Jugendbeteiligung auch finanzielle Ressourcen eingeplant werden sollten?

trifft zu	trifft eher zu	teils-teils	trifft eher nicht zu	trifft nicht zu
-----------	----------------	-------------	----------------------	-----------------

2.6. Ist Kinder- und Jugendbeteiligung ein fester Bestandteil der kommunalen politischen Agenda?

trifft zu	trifft eher zu	teils-teils	trifft eher nicht zu	trifft nicht zu
-----------	----------------	-------------	----------------------	-----------------

Zwischensumme: \_\_\_\_\_

## 3. Netzwerke und Kooperationen mit relevanten Akteuren

3.1. Gibt es eine enge Zusammenarbeit mit Schulen, Schulsozialarbeit und Jugendeinrichtungen?

trifft zu	trifft eher zu	teils-teils	trifft eher nicht zu	trifft nicht zu
-----------	----------------	-------------	----------------------	-----------------

3.2. Werden Vereine, offene Jugendclubs und Träger der Jugendsozialarbeit aktiv einbezogen?

trifft zu	trifft eher zu	teils-teils	trifft eher nicht zu	trifft nicht zu
-----------	----------------	-------------	----------------------	-----------------

### 3. Netzwerke und Kooperationen mit relevanten Akteuren

3.3. Findet ein Austausch mit anderen Kommunen zur Weitergabe von Erfahrungen und Best-Practice-Beispielen statt?

trifft zu	trifft eher zu	teils-teils	trifft eher nicht zu	trifft nicht zu
-----------	----------------	-------------	----------------------	-----------------

3.4. Werden bestehende lokale Netzwerke systematisch genutzt, um Kinder und Jugendliche zu erreichen?

trifft zu	trifft eher zu	teils-teils	trifft eher nicht zu	trifft nicht zu
-----------	----------------	-------------	----------------------	-----------------

3.5. Bestehen Möglichkeiten zur Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren, um logistische und organisatorische Rahmenbedingungen von Veranstaltungen, wie zum Beispiel Beförderung oder Verpflegung, zu gewährleisten?

trifft zu	trifft eher zu	teils-teils	trifft eher nicht zu	trifft nicht zu
-----------	----------------	-------------	----------------------	-----------------

Zwischensumme: \_\_\_\_\_

### 4. Niedrigschwellige und innovative Teilnehmungsformate

4.1. Werden auch offene Formate wie Jugendforen, Barcamps oder Online-Umfragen angeboten?

trifft zu	trifft eher zu	teils-teils	trifft eher nicht zu	trifft nicht zu
-----------	----------------	-------------	----------------------	-----------------

4.2. Werden digitale Kanäle (Social Media, Apps, Plattformen) genutzt, um Jugendliche zu erreichen?

trifft zu	trifft eher zu	teils-teils	trifft eher nicht zu	trifft nicht zu
-----------	----------------	-------------	----------------------	-----------------

4.3. Gibt es physische Räume wie Jugendclubs, die als Orte der Teilnehmung genutzt werden?

trifft zu	trifft eher zu	teils-teils	trifft eher nicht zu	trifft nicht zu
-----------	----------------	-------------	----------------------	-----------------

4.4. Werden konkrete Teilnehmungsprojekte umgesetzt, bei denen junge Menschen sichtbare Veränderungen in ihrer Kommune bewirken können (z. B. Spielplätze, Sportanlagen, Stadtfeste)?

trifft zu	trifft eher zu	teils-teils	trifft eher nicht zu	trifft nicht zu
-----------	----------------	-------------	----------------------	-----------------

4.5. Werden auch junge Menschen erreicht, die kein langfristiges Engagement in festen Strukturen wünschen?

trifft zu	trifft eher zu	teils-teils	trifft eher nicht zu	trifft nicht zu
-----------	----------------	-------------	----------------------	-----------------

Zwischensumme: \_\_\_\_\_

## 5. Persönliches Engagement und Motivation

5.1. Gibt es in der Verwaltung feste Ansprechpersonen (z. B. Jugendbeauftragte), die den Beteiligungsprozess kontinuierlich begleiten?

trifft zu	trifft eher zu	teils-teils	trifft eher nicht zu	trifft nicht zu
-----------	----------------	-------------	----------------------	-----------------

5.2. Werden komplizierte kommunalpolitische Sachverhalte Kindern und Jugendlichen verständlich erklärt?

trifft zu	trifft eher zu	teils-teils	trifft eher nicht zu	trifft nicht zu
-----------	----------------	-------------	----------------------	-----------------

5.3. Werden Kinder und Jugendliche aktiv ermutigt, Eigeninitiative zu zeigen und Verantwortung zu übernehmen?

trifft zu	trifft eher zu	teils-teils	trifft eher nicht zu	trifft nicht zu
-----------	----------------	-------------	----------------------	-----------------

5.4. Wird die Arbeit der jungen Zielgruppe in Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit wertgeschätzt und anerkannt?

trifft zu	trifft eher zu	teils-teils	trifft eher nicht zu	trifft nicht zu
-----------	----------------	-------------	----------------------	-----------------

5.5. Gibt es auch ein Bewusstsein dafür, dass die Mitbestimmung junger Menschen auch deren Identifikation mit ihrem Wohnort stärken kann?

trifft zu	trifft eher zu	teils-teils	trifft eher nicht zu	trifft nicht zu
-----------	----------------	-------------	----------------------	-----------------

5.6. Werden frühere Mitbestimmungserfahrungen in der Kommune gut dokumentiert, ausgewertet und für neue Beteiligungsperspektiven genutzt? Gibt es Maßnahmen zur Förderung einer Beteiligungskultur, in der Kinder- und Jugendbeteiligung selbstverständlich ist?

trifft zu	trifft eher zu	teils-teils	trifft eher nicht zu	trifft nicht zu
-----------	----------------	-------------	----------------------	-----------------

5.7. Gibt es Maßnahmen zur Förderung einer Beteiligungskultur, in der Kinder- und Jugendbeteiligung selbstverständlich ist?

trifft zu	trifft eher zu	teils-teils	trifft eher nicht zu	trifft nicht zu
-----------	----------------	-------------	----------------------	-----------------

Zwischensumme: \_\_\_\_\_

**Gesamtpunktzahl zum Status der Kinder- und Jugendbeteiligung:** \_\_\_\_\_

## **Wo steht unsere/Ihre Kommune?**

### 0 – 30: Kinder- und Jugendbeteiligung ist bislang nicht oder kaum vorhanden

In der Kommune existieren weder formale Strukturen noch informelle Beteiligungsformate für junge Menschen. Kinder- und Jugendbeteiligung ist bisher kein strategisches Thema und findet in Verwaltung und Politik kaum Beachtung. Kontakte zu Kindern und Jugendlichen sind wenig entwickelt. Beteiligung wird, wenn überhaupt, punktuell und unverbindlich umgesetzt.

### 31 – 60: Kinder- und Jugendbeteiligung ist lückenhaft oder weitgehend symbolisch

Wichtige Voraussetzungen wie rechtliche Verankerung, politische Unterstützung oder stabile Netzwerke fehlen. Beteiligungsformate erreichen nur wenige Jugendliche oder sind nicht nachhaltig. Die Beteiligung ist oft vom Engagement Einzelner abhängig und nicht strukturell gesichert. Hier besteht grundlegender Handlungsbedarf, um Beteiligung glaubwürdig und wirksam zu gestalten.

### 61 – 90: Kinder- und Jugendbeteiligung ist vorhanden, aber ausbaufähig

Es bestehen einzelne Strukturen oder Initiativen, aber diese sind noch nicht gut aufeinander abgestimmt oder ausreichend unterstützt. Politische Rückendeckung und Ressourcen sind punktuell vorhanden, es mangelt aber an Verbindlichkeit, Reichweite oder konzeptioneller Klarheit. Das Fundament ist gelegt – jetzt braucht es gezielte Weiterentwicklung.

### 91 – 120: Kinder- und Jugendbeteiligung ist gut verankert und lebendig

Die Kommune hat tragfähige Strukturen, engagierte politische und administrative Akteure, und die jungen Menschen sind aktiv beteiligt. Es gibt funktionierende Gremien, offene Formate und eine spürbare Beteiligungskultur. Die Kinder- und Jugendbeteiligung ist kein Projekt, sondern ein selbstverständlicher Bestandteil kommunalen Handelns.

